

Inhalt

I. Abschaffung Praxisgebühr/ Übertragung auf die Beihilfe	1
1. Bund und Bayern	1
2. Beihilfefähigkeit von Festbetragsarzneimittel	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
III. Beamtenblog	2

Von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

I. Abschaffung Praxisgebühr/ Übertragung auf die Beihilfe

Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss vom 26. September 2003 die Bundesregierung aufgefordert, Veränderungen im Leistungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in das Beihilferecht zu übertragen. Seit 2004 werden deshalb auch Beamte u.a. mit einem Eigenbehalt vergleichbar der Praxisgebühr belastet.

Der Koalitionsausschuss hat am 4. November 2012 beschlossen, die Praxisgebühr, die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung beim ersten Besuch beim Arzt oder Zahnarzt pro Quartal zu entrichten haben, zum 1. Januar 2013 abzuschaffen. Dieses Vorhaben wurden vom Bundestag im Rahmen des Art. 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Regelung des Assistenzbedarfs in stationären Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2789) beschlossen und ist seit 1. Januar 2013 in Kraft. Insoweit war die Forderung, auch Beamte entsprechenden zu entlasten, konsequent.

1. Bund und Bayern

Bund

Im Rahmen der 4. Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 12. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2657) wurde § 49 Abs. 4 BBhV, der bislang die Grundlage zur Berücksichtigung der Praxisgebühr im Rahmen der Beihilfefestsetzung enthielt, aufgehoben. Dies gilt auch für die Länder, in denen Bundesrecht zur Anwendung kommt.

Bayern

Gegenstück zur Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Beamte war bislang nach Art. 96 BayBG der Eigenbehalt für Arztbesuche (6 Euro/ Arzt-, Zahnarztrechnung). Um bayerische Beamte vergleichbar den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung zu entlasten, wurde der Eigenbehalt für diese Liquidationen ebenfalls zum 1. Januar 2013

in Form einer entsprechenden Änderung des Art. 96 BayBG gestrichen (vgl. Art. 15 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2104 vom 18. Dezember 2012, GVBl. S. 686). Sie ist seit 1. Januar 2013 in Kraft und gilt für Liquidationen, die ab dem 1. Januar 2013 ausgestellt werden.



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



6.626 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 289,95 ohne Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.

2. Beihilfefähigkeit von Festbetragsarzneimittel

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts enthielt die bis zum Ablauf des 19. September 2012 geltende Bundesbeihilfeverordnung keine Rechtsgrundlage zur Begrenzung der Beihilfefähigkeit der Kosten für Arzneimittel auf Festbeträge (Urteil vom 8. November 2012 – 5 C 4.12). Erst im Rahmen der Dritten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 8. September 2012 (BGBl I S. 1935), die seit 20. September 2012 in Kraft ist, wurde eine entsprechende rechtliche Grundlage in der BBhV eingeführt.

Zur Vermeidung von Widersprüchen und Rechtsstreiten hat das BMI mit Rundschreiben vom 8. Januar 2013 sein Einverständnis gegeben, dass unter folgenden Bedingungen auch Aufwendungen für Arzneimittel ohne Beachtung der Festbetragsregelung gewährt werden können:

- die Antragsfrist des § 54 BBhV ist noch nicht abgelaufen
- es liegt keine bestands- oder rechtskräftige Entscheidung vor,
- Eigenbehalte nach § 49 BBhV sind zu berücksichtigen.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat

II. Neues auf Rehmnetz

News: [dbb Innovationspreis 2013](#)

News: [MV: Land, Gewerkschaften und Verbände beenden Lehrpersonalkonzept](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Der Verwaltungsakt im Beamtenrecht – Teil III: Der feststellende Verwaltungsakt](#)

[Der Verwaltungsakt im Beamtenrecht – Teil II: Regelung](#)

[Der Verwaltungsakt im Beamtenrecht – Teil I: Außenwirkung](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriftensammlung

Kommentar



10.510 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)